



## Personal im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg

Nicole Michel



Dipl.-Geografin Nicole Michel ist Referentin im Referat „Öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse der Personalstandstatistik 2007 zeigen einen anhaltenden Wandel im Beschäftigungsumfang: Während die Zahl des vollzeitbeschäftigten Personals weiterhin abnimmt, steigt im Gegenzug die Zahl der Teilzeitbeschäftigten. Darüber hinaus spiegelt sich in den Ergebnissen auch der seit längerer Zeit bestehende Wandel der Haushaltsstrukturen im öffentlichen Sektor deutlich wider. Durch Auslagerung von Aufgaben aus den Kernhaushalten in rechtlich unselbstständige oder rechtlich selbstständige Einrichtungen kommt einer Gesamtbetrachtung aller (letztlich) öffentlichen Arbeitgeber eine immer größere Bedeutung zu. So werden zum Beispiel allein durch die Umwandlung der beiden Universitäten Stuttgart und Ulm zu Beginn des Jahres 2007 über 6 000 Beschäftigte nicht mehr im Kernhaushalt des Landes nachgewiesen. Auch die Umwandlung von zahlreichen kommunalen Kliniken in nun rechtlich selbstständige Einrichtungen verändert die „statistische“ Personallandschaft. Dies ist vor allem bei Vergleichen mit den Vorjahren aber auch bei interregionalen Vergleichen zu beachten. Im vorliegenden Beitrag werden diese Entwicklungen anhand der aktuellen Ergebnisse kurz dargestellt, wobei der Fokus auf dem unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes liegt.

### Leichter Personalrückgang im öffentlichen Dienst Baden-Württembergs insgesamt

Zum Stichtag 30. Juni 2007 arbeiteten in Baden-Württemberg insgesamt knapp 518 000 Personen<sup>1</sup> im öffentlichen Dienst bei Land und Kommunen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang von rund 4 600 Personen bzw. 0,9 %. Dieser Rückgang ist jedoch nicht Folge eines massiven Personalabbaus, sondern in erster Linie in der Ausgliederung von Einrichtungen in rechtlich selbstständige Einrichtungen begründet, die zwar öffentliche Arbeitgeber im weiteren Sinne sind, jedoch nicht zum öffentlichen Dienst zählen (*siehe hierzu i-Punkt und die Übersicht*). Einen kurzen Überblick über die Zahl der Beschäftigten und die Beschäftigtenstruktur der einzelnen Beschäftigungsbereiche bietet die *Tabelle*, im Folgenden werden diese im Vorjahresvergleich näher untersucht.

### Landeshaushalt: Personal „wechselt“ vom Kernhaushalt in Landesbetriebe

Beim Land Baden-Württemberg waren am 30. Juni 2007 insgesamt rund 257 400 Personen beschäftigt, das sind ca. 1 500 Beschäftigte bzw. 0,6 % mehr als im Vorjahr. Die Mehrheit der Beschäftigten, nämlich 93 % waren im sogenannten Kernhaushalt, also bei Landesbehörden einschließlich Gerichten tätig, 7 % in den Landesbetrieben. Im Vorjahr lag das Verhältnis noch bei 96 zu 4 %: Während die Zahl der Beschäftigten im Kernhaushalt um knapp 5 100 Beschäftigte auf annähernd 240 000 zurückgegangen ist, ist sie bei den Landesbetrieben um 6 600 auf 17 700 angestiegen. Der Rückgang bei den Landesbehörden einerseits



Die Personalstandstatistik liefert Daten über die Zahl der Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber,

die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis mit der jeweiligen Einrichtung stehen. Die öffentlichen Arbeitgeber umfassen den öffentlichen Dienst und die Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. Zum öffentlichen Dienst gehören im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes der Bund, die Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, die Zweckverbände und das Bundeseisenbahnvermögen und im Bereich des mittelbaren öffentlichen Dienstes die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger und die rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Beim unmittelbaren öffentlichen Dienst wird – je Gebietskörperschaft – nach Kernhaushalt und Sonderrechnung unterschieden. Als Sonderrechnung werden rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen bezeichnet, an denen die Gebietskörperschaft mittel- oder unmittelbar beteiligt sind (*Übersicht*).

<sup>1</sup> Ohne Beurlaubte, ohne geringfügig Beschäftigte, ohne im Land beschäftigtes Bundespersonal. Letztere werden vom Statistischen Bundesamt erhoben und liegen dem Statistischen Landesamt erst nach Redaktionsschluss vor. Am 30. Juni 2006 waren in Baden-Württemberg insgesamt knapp 66 400 Bundesbeschäftigte tätig, davon rund 40 100 im unmittelbaren, 26 300 im mittelbaren Bundesdienst.

**Ü** Berichtskreis der Personalstandstatistik\*)

**Öffentliche Arbeitgeber**

**Öffentlicher Dienst**

Gebietskörperschaft	Beschäftigungsbereiche	Beispiele
<b>Unmittelbarer öffentlicher Dienst</b>		
<b>Land</b>	Kernhaushalt (Landesbehörden, Ämter, Gerichte)	Landesministerien, Statistisches Landesamt
	Sonderrechnung <sup>1)</sup> (Landesbetriebe)	Landesvermessungsamt, „Wilhelma“, Württembergische Staatstheater
	Krankenhäuser des Landes	Baden-Württemberg: seit 2000 im mittelbaren öffentlichen Dienst
<b>Gemeinden/Gemeindeverbände</b> – Kreisangehörige Gemeinden – Stadt- und Landkreise – Landeswohlfahrtsverbände/KVJS	Kernhaushalt (Verwaltung)	Bürgermeisterämter, Landratsämter
	Sonderrechnung <sup>1)</sup> (Kommunale Eigenbetriebe)	Kommunale Ver- und Entsorgungsbetriebe, Sozialstationen
	Krankenhäuser der Gemeinden/Gv.	
<b>Zweckverbände</b>	Kernhaushalt	Gemeindeverwaltungsverbände, interkommunale (Ab-)Wasserzweckverbände
	Sonderrechnung <sup>1)</sup>	Keine in Baden-Württemberg
	Krankenhäuser der Zweckverbände	

**Mittelbarer öffentlicher Dienst**

Land	Sozialversicherungsträger	
	Anstalten, Körperschaften	
	a) unter Aufsicht des Landes	Führungsakademie Baden-Württemberg, Unikliniken
	b) unter Aufsicht der Gemeinden	Gemeindeprüfungsanstalt, Datenzentrale

**Rechtlich selbstständige Einrichtungen**

Einrichtungen und Kliniken in privater Rechtsform mit mehrheitlicher unmittelbarer oder mittelbarer Beteiligung der öffentlichen Hand

\*) Darstellung ohne Bund. – 1) Rechtlich unselbstständige Einrichtungen.

und die Zunahme in den Landesbetrieben andererseits ist ganz überwiegend das Ergebnis der Auslagerungen von Einrichtungen aus dem Kernhaushalt: Mit Umwandlung der Universitäten Stuttgart und Ulm zu Beginn des Jahres 2007 in rechtlich unselbstständige Einrichtungen „wechselten“ allein deren gut 6 600 Beschäftigte vom Kernhaushalt in den Bereich der sogenannten Sonderrechnungen (Landesbetriebe).

Während im unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes – also den Landesbehörden und -betrieben – die Zahl des vollzeitbeschäftigten Personals leicht (0,3 %) auf 166 800 Personen

weiterhin zurückging, ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten<sup>2</sup> gegenüber 2006 um 2,3 % auf 90 600 angestiegen. Damit liegt der Anteil der Teilzeitkräfte bei gut 35 %. Vor 5 Jahren lag er noch bei ca. 31 %, vor 10 Jahren sogar bei nur 25 %. Einer Teilzeitbeschäftigung gehen erwartungsgemäß überwiegend Frauen nach, 81 % aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen (der Frauenanteil an den Beschäftigten insgesamt liegt bei 53 %). Mehr als die Hälfte des weiblichen Landespersonals, nämlich 54 %, war am 30. Juni 2007 in Teilzeit beschäftigt. Die Erhöhung des Anteils an Teilzeitbeschäftigten ist unter anderem auch auf die Einführung der Altersteilzeit zurückzuführen, die seit 1998 von

2 Inklusive 5 550 Altersteilzeitbeschäftigte.

Arbeitnehmern, seit 2001 auch von schwerbehinderten Beamten in Anspruch genommen werden kann. Die Umrechnung auf die sogenannten Vollzeitäquivalente (VZÄ)<sup>3</sup> zeigt beim Landespersonal einen Anstieg um 530 auf rund 222 200 VZÄ.

Während in nahezu allen Aufgabenbereichen des Landes (Kernhaushalt einschließlich Sonderrechnung) die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr zurückging, ist im Bereich der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen<sup>4</sup> eine Zunahme festzustellen. Gegenüber 2006 ist hier ein Plus von rund 2 200 Beschäftigten<sup>5</sup> bzw. knapp 1 750 VZÄ zu verzeichnen. Diese Steigerung ist hier insbesondere auf die Zunahme der Zahl der Lehreranwärter/innen im Vorbereitungsdienst zurückzuführen.

Die Zahl der Beschäftigten mit einem befristeten Arbeitsvertrag lag zum Stichtag gemessen an allen Beschäftigten des Landes bei rund 7 %.

Damit ist der Anteil gegenüber dem Vorjahr nur im Nachkommabereich zurückgegangen. Vor 10 Jahren lag der Anteil der Beschäftigten mit Zeitvertrag noch bei 5,5 %.<sup>6</sup>

### Staatliche Ausbildung zunehmend attraktiver, dennoch „Überalterung“ des Personals

Knapp 73 % der Beschäftigten des Landes sind Beamte (inklusive Richter), 27 % Arbeitnehmer<sup>7</sup>, wobei der Anteil der Beamten bei den Landesbehörden mit gut 76 % erwartungsgemäß höher liegt als bei den Landesbetrieben mit nur knapp 21 %.

Ende Juni 2007 machten insgesamt rund 18 700 junge Frauen und Männer beim Land Baden-Württemberg eine Ausbildung. Die große Mehrheit darunter, nämlich knapp 80 %, hat sich dabei für eine künftige Beamtenlaufbahn entschieden. Eine Ausbildung beim Land

## T

### Personal im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg am 30. Juni 2007 nach Beschäftigungsbereichen\*)

Beschäftigungsbereich	Beschäftigte insgesamt	Davon		Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte <sup>1)</sup>	Beschäftigte insgesamt	davon	
					Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte <sup>1)</sup>
<b>Öffentlicher Dienst</b>	<b>517 855</b>	<b>327 804</b>	<b>190 051</b>	<b>- 4 586</b>	<b>- 6 014</b>	<b>+ 1 428</b>
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	462 640	291 958	170 682	- 3 832	- 5 085	+ 1 253
Land	257 383	166 831	90 552	+ 1 544	- 530	+ 2 074
Landesbehörden (einschließlich Gerichte)	239 666	154 882	84 784	- 5 067	- 4 789	- 278
Landesbetriebe <sup>2)</sup>	17 717	11 949	5 768	+ 6 611	+ 4 259	+ 2 352
Gemeinden/Gemeindeverbände	198 690	120 628	78 062	- 5 344	- 4 522	- 822
Verwaltung	160 891	96 422	64 469	- 343	- 1 145	+ 802
Eigenbetriebe <sup>2)</sup>	15 600	11 076	4 524	+ 121	- 123	+ 244
Krankenhäuser <sup>2)</sup>	22 199	13 130	9 069	- 5 122	- 3 254	- 1 868
Kommunale Zweckverbände darunter	6 567	4 499	2 068	- 32	- 33	+ 1
Krankenhäuser <sup>2)</sup>	84	31	53	+ 1	0	+ 1
Mittelbarer öffentlicher Dienst	55 215	35 846	19 369	- 754	- 929	+ 175
Sozialversicherungsträger <sup>3)</sup>	17 036	11 855	5 181	- 1 047	- 855	- 192
Anstalten, Körperschaften <sup>4)</sup> darunter	38 179	23 991	14 188	+ 293	- 74	+ 367
Unikliniken	28 416	17 967	10 449	+ 470	+ 86	+ 384
Nachrichtlich:						
Einrichtungen in privater Rechtsform <sup>5)</sup>	106 453	75 295	31 158	+ 4 429	+ 1 382	+ 3 047

\*) Ohne Beurlaubte, ohne geringfügig Beschäftigte, ohne im Land beschäftigtes Personal des Bundes. – 1) Einschließlich der Beschäftigten in Altersteilzeit. – 2) Als Sonderrechnungen geführte rechtlich unselbstständige Einrichtungen. – 3) Einschließlich der Betriebskrankenkassen unter Landesaufsicht inklusive Kliniken. – 4) Anstalten und Körperschaften unter Aufsicht des Landes und unter Aufsicht der Gemeinden/Gemeindeverbände. – 5) Mit mehrheitlicher Beteiligung der öffentlichen Hand, unmittelbar oder mittelbar. Ohne Unternehmen mit mehrheitlicher Beteiligung des Bundes.

3 VZÄ ergeben sich aus der Summe der Vollzeit- und der Teilzeitbeschäftigten gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor.

4 Inklusive Unterrichtsverwaltung.

5 Zahl der Beschäftigten beinhaltet nicht ausschließlich Lehrkräfte.

6 Vergleich mit 1997 bezieht sich ausschließlich auf das Personal der Landesbehörden und der Landesbetriebe. Das Personal der Unikliniken (1997 noch beim Land, heute als Anstalten des öffentlichen Rechts) ist im mittelbaren Dienst nachgewiesen.

7 Ab dem Erhebungsjahr 2006 werden Angestellte und Arbeiter nicht mehr separat nachgewiesen.

– ob als Arbeitnehmer oder künftiger „Staatsdiener“ – scheint für junge Menschen an Attraktivität zuzunehmen: So ist die Zahl der Auszubildenden gegenüber dem Vorjahr um gut 500 angestiegen, gegenüber 2002 sogar um rund 1 500.

Gleichwohl belegt ein Vergleich der Altersstruktur des Landespersonals mit der der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten<sup>8</sup> für den öffentlichen Dienst eine vergleichsweise „Überalterung“ des Personals. So waren zum Stichtag 30. Juni 2007 beim Landespersonal

- 17 % unter 31 Jahre,
- 22 % 31 bis 40 Jahre,
- 25 % 41 bis 50 Jahre,
- 36 % 51 Jahre und älter,

während bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten<sup>9</sup> die Altersstruktur zum gleichen Stichtag deutlich ausgewogener war. Dort waren

- 25 % unter 31 Jahre,
- 25 % 31 bis 40 Jahre,
- 29 % 41 bis 50 Jahre,
- 21 % 51 Jahre und älter.

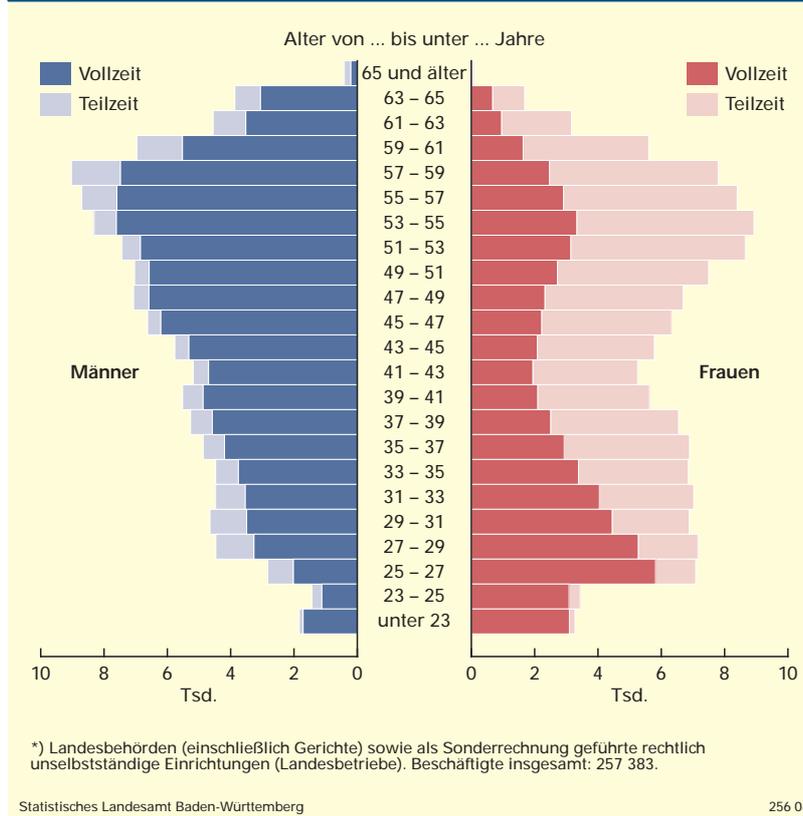
Es gibt allerdings auch beim Land staatliche Aufgabenbereiche, bei denen alle Altersklassen eine gleichmäßigere Besetzung aufweisen. So zum Beispiel der Aufgabenbereich „Rechtsschutz“, der die Beschäftigten der ordentlichen Gerichte und der Staatsanwaltschaft, der Verwaltungs-, Sozial- und Arbeitsgerichte sowie der Justizvollzugsanstalten umfasst. Dieser Aufgabenbereich weist über nahezu alle Altersjahre eine relativ gleichmäßige Besetzung auf. Ein knappes Viertel der Beschäftigten dort ist unter 31 Jahre alt. Dem stehen allerdings Aufgabenbereiche gegenüber, die von einer überdurchschnittlichen „Überalterung“ geprägt sind, so zum Beispiel im Schulbereich<sup>10</sup>, hier sind rund 44 % der Beschäftigten 51 Jahre und älter. Die Altersstruktur des Landespersonals (*Schaubild*) insgesamt macht schließlich deutlich, dass in den kommenden Jahren mit einer altersbedingten Fluktuation zu rechnen ist.

### Hoher Rückgang beim Gemeindepersonal durch Privatisierung von Kliniken

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden, also den Stadt- und Landkreisen, den kreisangehörigen Gemeinden einschließlich deren kommunalen Eigenbetrieben und Krankenhäusern waren zum Stichtag 30. Juni 2007 insgesamt rund 198 700 Personen beschäftigt, das sind insgesamt gut 5 300 weniger als noch

## S

### Altersstruktur der Beschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg am 30. Juni 2007<sup>\*)</sup>



im Vorjahr, was einem Rückgang von 2,7 % entspricht. Dieser hohe Rückgang ist in erster Linie auf einen veränderten Berichtskreis zurückzuführen, bedingt durch die Umwandlung von 5 kommunalen Kliniken in nun rechtlich selbstständige Einrichtungen in privater Rechtsform.

In den Kommunalverwaltungen arbeiteten 2007 insgesamt annähernd 161 000 Personen, rund 340 weniger als im Vorjahr. In den kommunalen Eigenbetrieben ist die Zahl der Beschäftigten von knapp 15 500 auf 15 600 leicht angestiegen. Da kommunale Aufgaben und mit ihnen das zugehörige Personal zunehmend aus dem Kernhaushalt ausgelagert werden, ist zwischen Verwaltung bzw. Kernhaushalt und Eigenbetrieben sowie rechtlich selbstständigen Einrichtungen eine seit mehreren Jahren fortwährende „Verlagerung“ des Personals zu beobachten.

Wie beim Landespersonal gewinnt die Teilzeitbeschäftigung auch beim Personal der Kommunen zunehmend an Bedeutung. Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten von 125 150 auf 120 600 um 3,6 % zurückging, ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von rund 78 900 auf knapp 78 100 um nur 1 % zurückgegangen. Betrachtet man allerdings lediglich den Kernhaushalt und

8 Enthält auch die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes.

9 Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.

10 Inklusive Unterrichtsverwaltung.

die Eigenbetriebe ohne die Krankenhäuser – vor dem Hintergrund, dass durch die Privatisierung von Krankenhäusern ein enormer Rückgang der absoluten Beschäftigtenzahl erfolgte – wird die zunehmende Bedeutung von Teilzeitarbeitsmodellen sogar noch deutlicher. So hat sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten hier um 1,2 % verringert, die der Teilzeitbeschäftigten indes um 1,5 % erhöht. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten liegt demnach bei insgesamt 60,7 % (2006: 61,3 %). Die VZÄ lagen 2007 – ebenfalls ohne Berücksichtigung der Krankenhäuser – bei rund 144 600, das heißt um 506 niedriger als im Jahr zuvor.

Die Zahl der Beschäftigten bei den kommunalen Zweckverbänden lag im Jahr 2007 bei 6 600 Personen und ist damit gegenüber dem Vorjahr relativ konstant geblieben.

Noch ein Wort zum *mittelbaren* öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg: hier waren zum Stichtag 30. Juni 2007 rund 55 200 Personen beschäftigt. Die Zahl hat gegenüber dem Vorjahr um 750 bzw. 1,3 % abgenommen. Der Rückgang ist unter anderem bedingt durch die Auslagerung einer klinischen Einrichtung in eine rechtlich selbstständige Einrichtung.

#### **Rechtlich selbstständige Einrichtungen: Zahl der Einrichtungen und der Beschäftigten steigt weiterhin an**

Zum Stichtag 30. Juni 2007 waren in Baden-Württemberg nahezu 106 500 Personen bei den im Rahmen der Personalstandstatistik 906 rechtlich selbstständigen Einrichtungen der öffentlichen Hand<sup>11</sup> tätig. Der Begriff des „öffentlich bestimmten Unternehmens“ umfasst dabei

Unternehmen mit einer unmittelbaren oder mittelbaren staatlichen oder kommunalen Beteiligung von mehr als 50 % am Nennkapital oder an den Stimmrechten. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Einrichtungen um 9 (es handelt sich dabei wie in den vorangegangenen Kapiteln bereits erwähnt hauptsächlich um Kliniken, die vormals als kommunale rechtlich unselbstständige Einrichtungen geführt wurden), die der Beschäftigten um gut 4 400 gestiegen. Vor 5 Jahren waren insgesamt nur rund 77 000 Personen in rechtlich selbstständigen Einrichtungen beschäftigt, vor 10 Jahren sogar nur knapp 75 000. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist infolge des sich über die Jahre hinweg ständig wandelnden Berichtsgebietes jedoch nur von eingeschränkter Aussagekraft. Die steigende Zahl der Berichtsstellen und deren Beschäftigten zeigt allerdings deutlich einen Wandel der Haushaltsstrukturen im öffentlichen Sektor und damit auch der amtlichen Statistik.

Die Abbildung des Personalstandes – und darüber hinaus der gesamten öffentlichen Personal- und Finanzwirtschaft – wird aufgrund von Auslagerungen staatlicher und kommunaler Aufgaben aus den Kernhaushalten in rechtlich unselbstständige oder gar rechtlich selbstständige Einrichtungen zunehmend komplexer. Vor allem bei längeren Zeitvergleichen ist äußerste Vorsicht geboten, um nicht „Äpfel mit Birnen“ zu vergleichen. Da der Prozess von Auslagerungen mit einer regional recht unterschiedlichen Dynamik abläuft, sind folglich auch Vergleiche auf regionaler oder lokaler Ebene äußerst vorsichtig zu ziehen. ■

Weitere Auskünfte erteilt  
Nicole Michel, Telefon 0711/641-27 48,  
[Nicole.Michel@stala.bwl.de](mailto:Nicole.Michel@stala.bwl.de)

<sup>11</sup> Rechtlich selbstständige Einrichtungen mit Bundesbeteiligung sind hier nicht enthalten.

## **kurz notiert ...**

### **Bereinigte Ausgaben des Landes 2007 bei 32,9 Mrd. Euro**

Mit 32,9 Mrd. Euro blieben die bereinigten Ausgaben ohne haushaltstechnische Verrechnungen und besondere Finanzierungsvorgänge des Landes Baden-Württemberg 2007 gegenüber dem Vorjahr auf gleichem Niveau.

Die Ausgaben der laufenden Rechnung beliefen sich auf 30 Mrd. Euro (+ 0,6 %). Der Hauptanteil dieser Ausgaben entfiel auf die Personalausgaben mit 12,8 Mrd. Euro (- 1,4 %). Ihr Anteil an den bereinigten Ausgaben beläuft sich damit auf 39 % nach 39,5 % im Vorjahr. An Zinsausgaben musste das Land 1,9 Mrd. Euro (- 14,2 %)

aufwenden. Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhielten an laufenden Zuweisungen und Zuschüssen 6,9 Mrd. Euro, das waren 9,4 % mehr als im Vorjahr.

Die Ausgaben der Kapitalrechnung schlugen mit 2,8 Mrd. Euro (- 6,1 %) zu Buche. An Sachinvestitionen wurden vom Land selbst nur 0,5 Mrd. Euro verausgabt (- 23,2 %).

Die Gesamtausgaben des Landes erreichten 35 Mrd. Euro und setzen sich aus den Ausgaben der laufenden Rechnung, der Kapitalrechnung sowie den besonderen Finanzierungsausgaben (2 Mrd. Euro) und den haushaltstechnischen Verrechnungen (0,1 Mrd. Euro) zusammen. ■